



Presseschau vom 12.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wissenschaftler stellen Fragen zur Impfstoff-Qualität: PEI kommt seinem Auftrag nicht nach**

Fünf Wissenschaftler hatten bezüglich des BioNTech/Pfizer-Impfstoffs Fragen an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gerichtet. Nun wurde bekannt, dass die Behörde die Beantwortung der meisten Fragen ablehnt. Die Wissenschaftler kritisieren, dass das PEI seiner gesetzlichen Auskunftspflicht nicht nachkommt. ...

<https://kurz.rt.com/34ko> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Ukraine-Krieg: NATO trainiert Reaktion auf chemische, biologische und nukleare Angriffe**

In einer Reihe von Übungen hat die NATO ihre Reaktion auf Zwischenfälle mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Stoffen trainiert. In einer zunehmend vernetzten Welt hängt eine wirksame Vorbeugung und Reaktion von der Zusammenarbeit zwischen internationalen Akteuren ab, um Praktiken zur Bewältigung dieser Bedrohungen zu entwickeln. ...

<https://kurz.rt.com/34it> bzw. [hier](#)

Iwan Jerofejew: **Der Fall der "heiligen Javelina": Warum sich die Javelin in der Ukraine als ineffektiv erwies**

Zu Beginn des Konfliktes in der Ukraine wurden die US-amerikanischen Javelin-Lenkraketen als äußerst effektive Panzerabwehrwaffen angepriesen. Wie eine Analyse von RT zeigt, hält sich ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit aufgrund mehrerer Faktoren in Grenzen. ...

<https://kurz.rt.com/34kn> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Feministische Außenpolitik – ein neues Konzept zur Konfrontation**

DGAP und SWP publizieren zeitnah zum Thema "Feministische Außenpolitik". Das ist kein scharfer, geschweige denn konkreter Begriff. Dennoch soll er offenkundig forciert etabliert werden. Seine Umsetzung dürfte zu neuen außenpolitischen Konfrontationen führen. Zudem wird er die deutsche Gesellschaft weiter spalten. ...

<https://kurz.rt.com/34ke> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: **Kiew muss für den Angriff auf das AKW Saporoschje zur Rechenschaft gezogen werden**

US-Außenminister Antony Blinken beschuldigt Russland des "Nuklear-Terrorismus". Die an der Wahnsinnstat des Angriffs auf ein Atomkraftwerk beteiligten "Nuklear-Terroristen" sitzen jedoch nicht in Moskau, sondern in Washington und Kiew. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. ...

<https://kurz.rt.com/34kw> bzw. [hier](#)

Caitlin Johnstone: **US-Nachrichtensender zieht kritischen Bericht zurück – und fördert damit Kiews Propaganda**

Der Nachrichtensender CBS News hat einen kritischen Bericht über die ukrainische Regierung und die Waffenlieferungen aus dem Westen veröffentlicht. Doch als aus der Ukraine ein empörter Aufschrei ertönte, ruderte der Sender zurück und nahm den Film vom Netz. ...

<https://kurz.rt.com/34jr> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Ideologisierte Sittenwächter: Die schräge Debatte um Ostalgie-Suppen

Der Handelskonzern Rewe ist nicht der einzige, der in seinen ostdeutschen Filialen Ostalgie-Produkte verkauft. An ihm reiben sich aber gerade Bürokraten, die von Amts wegen seit über 30 Jahren "DDR-Unrecht" "aufarbeiten". Stein des Anstoßes: Suppendosen mit DDR-Wappen. Ist da wem langweilig? ...

<https://kurz.rt.com/34ju> bzw. [hier](#)

Roman Schimajew: "Für Winter unter normalen Bedingungen": Putin gibt Anweisungen zum Wiederaufbau der DVR und LVR

Der russische Präsident Wladimir Putin sichert den Bewohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk aktive Aufbauhilfe vor Beginn der Winterzeit zu. So sollen zivile Infrastrukturen sowie Wohn- und Versorgungseinrichtungen wiederhergestellt und errichtet werden. ...

<https://kurz.rt.com/34jd> bzw. [hier](#)

Sergei Axjonow: Kiews Wahnsinn angesichts russischer Belagerung: Verbrannte Erde, Terror, radioaktiver Selbstmord

Es mehren sich Anzeichen dafür, dass das Kiewer Regime angesichts der Erfolge Russlands und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zunehmend dem Wahnsinn verfällt. Eine Gefahr nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern für ganz Europa. Tschernobyl lässt grüßen. ...

<https://kurz.rt.com/34km> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: Kein Ende der Krise in Sicht? Bulgarien steuert auf vorgezogene Neuwahlen im Oktober zu

In Bulgarien wird am 2. Oktober ein neues Parlament gewählt. Das Datum für die vierte Wahl in weniger als zwei Jahren setzte Präsident Radew fest. Er beauftragte zudem den früheren Arbeitsminister Galab Donew damit, bis zu der vorgezogenen Wahl eine Übergangsregierung zu führen. Die Regierung von Kiril Petkow war im Juni nach nur sechs Monaten im Amt zerbrochen. ...

<https://kurz.rt.com/34lz> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: "Die Deutschen zwinkerten": Die Stalingrad-Fantasien des Herrn Arestowitsch

Lüge und Wahrheit sind schwer voneinander zu trennen bei den Sätzen, die aus dem Munde des ukrainischen Chef-Propagandisten Arestowitsch stammen. Aber in manchen Fällen wäre es wichtig zu wissen, womit man es zu tun hat. Doch die Wahrheit interessiert in Deutschland nicht mehr. ...

<https://kurz.rt.com/34mn> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:12 (18:12) deu.belta.by: **Belarus nach den Wahlen: Zwei Jahre Kampf um Souveränität, Unabhängigkeit und gesicherte Zukunft**

Belarus hat seine Unabhängigkeit, Souveränität und wirtschaftliche Stabilität bewahrt – trotz weitreichender Sanktionen des Westens. So kommentierte Sergej Ratschkow, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Rates der Republik für internationale Angelegenheiten und nationale Sicherheit, die aktuelle Situation im Land. Er teilte seine Meinung über die wichtigsten Errungenschaften unseres Landes in den zwei Jahren nach der

Präsidentenwahl 2020 und über die Veränderungen, für die Belarus unter anderen politischen Umständen Jahrzehnte gebraucht hätte.

Auch unter harten Sanktionen hat Belarus eine stabile und nachhaltige Wirtschaft beibehalten

Sergej Ratschkow äußerte sich zuversichtlich, dass es zu den wichtigsten Errungenschaften der letzten zwei Jahre nach den Präsidentenwahlen gehört, dass Belarus ein unabhängiger, souveräner, friedlicher und wirtschaftlich stabiler Staat geblieben ist. Ungeachtet der Sanktionen, die der Westen gegenüber Belarus eingeführt hat.

Der Staat hat seine sozialen Verpflichtungen in allen Bereichen - Bildung, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, Kultur und Sport – erfüllt.

„Unsere Menschen haben die Schwierigkeiten nicht, mit denen sich heute zum Beispiel die Bürger in Industrieländern konfrontiert sehen: sinkendes Einkommensniveau, Arbeitslosigkeit, hohe Sterblichkeitsrate durch Coronavirus-Infektionen, mangelnde Lebensmittel, Trinkwasser und Strom“, sagte er.

Der politische Prozess wird auf evolutionäre Weise neu formatiert und intensiviert

„Wir haben unsere Verfassung aktualisiert. Sie wurde auf der Grundlage der belarussischen Staatlichkeit, der Werte und Traditionen unseres Volkes geschrieben. Und wir setzen große Hoffnungen darauf“, so Sergej Ratschkow. „Belarus hat der ganzen Welt ein Beispiel für eine konstruktive, ruhige und durchdachte Umsetzung der Verfassungsreform im Rahmen eines zivilisierten politischen Prozesses gegeben. Dass die Allbelarussische Volksversammlung den Verfassungsstatus erhalten hat und die Befugnisse unter Staatsbehörden neu aufgeteilt wurden, zeugt von einer fortschreitenden Entwicklung des politischen Systems unseres Landes.“

Seiner Ansicht nach war die Diskussion über die Änderungen des belarussischen Grundgesetzes wirklich ein landesweites Anliegen. Die gesunden patriotischen Kräfte, die zum Kern der modernen Zivilgesellschaft wurden, waren besonders aktiv.

Die nationale Sicherheit und ihre wichtigsten Komponenten - Verteidigungsfähigkeit und öffentliche Sicherheit - wurden gestärkt

„Der groß angelegte hybride Krieg, den der kollektive Westen gegen unser Land entfesselt hat, hat die Einführung wesentlicher Änderungen in der Gesetzgebung über nationale Sicherheit erforderlich gemacht. Mehr als 20 Gesetzgebungsakte wurden schnell entwickelt und verabschiedet, um die militärische Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu verbessern“, betonte der Senator.

Zu den wichtigsten Dokumenten gehören der Erlass über den Schutz der Souveränität und der verfassungsmäßigen Ordnung sowie das Gesetz zur Änderung der Gesetze über die nationale Sicherheit der Republik Belarus.

Die Informationsarbeit wurde umgebaut und intensiviert

Sergej Ratschkow machte darauf aufmerksam, dass sich die Arbeit der Massenmedien erheblich verändert hat. Die Berichterstattung wurde aktueller, aggressiver und „bissiger“. Es gibt mehr Meinungsartikel, Autorenprogramme im TV, der Kreis der Experten hat sich erweitert. Staatliche Stellen sind in den sozialen Netzwerken stärker vertreten.

Auf Anweisung des Staatsoberhauptes wurde die Gesellschaft „Snanije“ neu gegründet, um Informationsveranstaltungen methodisch fundiert und interaktiv durchzuführen. Das Format der Dialogplattformen, das während der landesweiten Diskussion über die Verfassungsänderungen eingesetzt wurde, hat sich bewährt.

Bei Treffen mit Arbeitskollektiven und den Menschen vor Ort haben Vertreter der Staatsmacht, Experten und Parlamentarier nicht nur informiert, sondern trugen dazu bei, die Menschen zusammenzubringen und ihnen zu helfen, die Ereignisse im Land und in der Welt zu verstehen.

Bildung und patriotische Erziehung wurden verbessert

Nach Ansicht von Sergej Ratschkow haben die Ereignisse des Jahres 2020 die Defizite in der

Bildung und Erziehung nicht nur der jungen Menschen, sondern der gesamten Bevölkerung unseres Landes aufgezeigt.

„Deshalb wurde die Arbeit so schnell wie möglich abgeschlossen und das aktualisierte Bildungsgesetz wurde von der Nationalversammlung angenommen. Das Dokument enthält Bestimmungen zur Verbesserung der Effizienz, Qualität und Zugänglichkeit der Bildung. Es wurde unter anderem festgelegt, dass die allgemeine mittlere Bildung für alle gilt, dass die Abschlussprüfungen in den einzelnen Fächern als zentrale Prüfung abgenommen werden und andere Normen unter Berücksichtigung moderner Trends im Bildungsprozess verbessert werden“, betonte der Senator.

Mit den Gesetzen „Über die Verhinderung der Rehabilitierung des Nazismus“ und „Über den Völkermord am belarussischen Volk“ sowie mit der Einführung des Tages der nationalen Einheit wurden die politischen, ideologischen und rechtlichen Grundlagen für die intensive Arbeit zur patriotischen Erziehung geschaffen.

„Als einen wichtigen Schritt zum Verständnis der Ereignisse von 2020 und zur Bewältigung des unverhohlenen informationellen, politischen und wirtschaftlichen Drucks des Westens sehe ich das vom Ministerrat angenommene Programm zur patriotischen Erziehung der Bevölkerung der Republik Belarus für die Jahre 2022-2025. Das Ziel des Programms ist die Verbesserung der staatlichen Politik der patriotischen Erziehung durch Bildung einer nationalen Identität auf der Grundlage einheitlicher Werte (Streben nach Frieden und Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Einheit, Entwicklung), des Stolzes auf das eigene Land, seine Geschichte und Kultur, Errungenschaften in Wirtschaft, Wissenschaft und Sport, Bereitschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit von Belarus. Es ist symbolisch, dass das Programm im Jahr der historischen Erinnerung verabschiedet wurde, das eine ernsthafte Arbeit an der patriotischen Erziehung unserer Bürger ausgelöst hat“, sagte Sergej Ratschkow.

Nach Ansicht des Senators gibt es noch viel zu tun, um die belarussische Staatlichkeit zu erhalten und zu stärken, die Wirtschaft zu entwickeln, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und die Zukunft unseres Landes zu sichern. Die Hauptsache ist, dass wir uns zusammenschließen und hart arbeiten.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1660234491_61650_big.jpg

20:32 de.rt.com: **Konferenzteilnehmer in Dänemark werden der Ukraine Mittel für Militärausgaben zuweisen**

Die Teilnehmer einer Konferenz in Dänemark haben insgesamt über eineinhalb Milliarden Euro für den militärischen Bedarf der Ukraine zugesagt. Dies teilte der dänische Verteidigungsminister Morten Bødskov mit.

Nach Angaben des dänischen Verteidigungsministers wurden bei dem Treffen die Möglichkeiten erörtert, die Finanzierung der Waffenproduktion für die Ukraine zu sichern, die

Waffenproduktion für die Ukraine zu erhöhen, die ukrainischen Truppen auszubilden und Lösungen für die Räumung von Minen zu erörtern. Der Minister sagte, die Ukraine brauche Raketen, Munition und Artillerie. Auf der Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen sagte Bødskov:

"Insgesamt haben die Teilnehmer heute mehr als 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine zugesagt."

Laut Bødskov wird Großbritannien einen Fonds einrichten, um Mittel zur Steigerung der Waffenproduktion zu beschaffen.

Die Konferenz zur Unterstützung der Ukraine fand am Donnerstag in Dänemark statt. Zu den Vertretern der 26 teilnehmenden Staaten gehörten unter anderem die Leiter der Verteidigungsministerien Großbritanniens, der Ukraine und Dänemarks.

21:11 de.rt.com: **Medwedew besucht Volksrepublik Lugansk**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates und ehemalige Präsident Russlands, Dmitri Medwedew, hat am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal mitgeteilt, dass er die Volksrepublik Lugansk (LVR) besucht habe. Er schrieb:

"Am Donnerstag besuchte ich die Volksrepublik Lugansk, wo ich mich mit den Leitern der LVR, Leonid Passetschnik, und der DVR, Denis Puschilin, traf."

Medwedew erklärte, dass er auf Anweisung des russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Sitzung über vorrangige Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in den Donbass-Republiken abgehalten habe. Ihm zufolge nahmen an dem Treffen der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow, der erste stellvertretende Leiter der russischen Präsidialverwaltung, Sergei Kirijenko, Innenminister Wladimir Kolokolzew, Bauminister Irek Faisullin, FSB-Direktor Alexander Bortnikow und der Leiter des Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, teil. Medwedew fügte hinzu:

"Wir haben uns auch mit Fragen der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der LVR und der DVR beschäftigt. Besonderes Augenmerk wurde auf die Angleichung der Gesetzgebung der LVR und DVR an die der Russischen Föderation, die Wiederherstellung der Infrastruktur, die Instandsetzung von Krankenhäusern und die Vorbereitung der Schulen auf den Schuljahresbeginn, die Lösung sozialer Probleme und die Unterstützung der Bürger gelegt."

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates erklärte auch, dass der Leiter des Ermittlungskomitees ihn über den Stand der Ermittlungen zu den von ukrainischen Nationalisten begangenen Verbrechen und die Sammlung von Beweisen in den eingeleiteten Strafverfahren unterrichtet habe.

21:35 de.rt.com: **UNO: IAEO-Vertreter haben AKW Saporoschje wegen Sicherheitsproblemen noch nicht besucht**

Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) haben das AKW Saporoschje aufgrund verschiedener Probleme, u.a. im Zusammenhang mit der Sicherheit, noch nicht besucht, sagte der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, bei einem Briefing. Er betonte:

"Dies ist ein äußerst ernstes Problem. Der Teufel steckt im Detail."

Die Organisation einer Mission internationaler Beamter in ein Konfliktgebiet mit unklaren Fronten würde noch Zeit brauchen, so Dujarric.

Das Kernkraftwerk Saporoschje ist das nach Kapazität und Anzahl der Blöcke größte Kraftwerk in Europa. Ukrainische Truppen haben das Gelände der Anlage bereits mehrfach angegriffen. Seit dem 5. August hat der Beschuss zugenommen. In der Nacht zum 7. August griffen ukrainische Truppen mit Uragan-Mehrfachraketenwerfern an, wobei Granatsplitter und ein Raketentriebwerk etwa 400 Meter vom Kraftwerksblock entfernt niedergingen. Die beiden Blöcke sind nach dem Beschuss nicht mit voller Kapazität in Betrieb. Am Donnerstag

schlugen drei ukrainische Geschosse in der Nähe eines Lagers für radioaktive Isotope ein. Am Morgen des 11. August wehrten die Luftabwehrkräfte einen ukrainischen Angriff auf das Atomkraftwerk und die Stadt Energodar ab. Der Beschuss begann in der Nacht zuvor und dauerte auch in der Nacht an.

Angesichts des Vorgehens Kiews beantragte Moskau eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f553b2b480cc2e52394a63.jpg>
Stéphane Dujarric, Sprecher des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, bei einem Presse-Gespräch zur Lage in der Ukraine am 28. März 2022

21:44 de.rt.com: **Akut in der Existenz gefährdet: Ostdeutsche Unternehmer fordern Ende der Sanktionen gegen Russland**

Mehrere Leiter mittelständischer Unternehmen wenden sich in einem offenen Brief an die Bundesregierung, weil sie der von der "Ampel"-Koalition eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs zutiefst beunruhigt. Sie fordern unter anderem Energiesicherheit. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler Olaf Scholz fordern mehrere mittelständische Unternehmer, die Sanktionen gegen Russland zurückzunehmen, um so Energiesicherheit zu gewährleisten, da die Wirtschaft bereits jetzt stark beeinträchtigt und längerfristig in Gefahr sei.

Laut dem von zwölf Unternehmern unterzeichneten Offenen Brief müsse die Bundesregierung nun "die Embargopolitik gegen Russland neu justieren".

Eine Reaktion rufe immer auch Gegenreaktionen hervor – und während es das Ziel gewesen sei, Putin zu treffen, drohen die Sanktionen nun den deutschen Mittelstand zu ruinieren.

Es werde nicht aufgehen, "sämtliche Gaslieferungen zu stoppen und die deutsche Wirtschaft vor Preissteigerungen zu stellen, bei denen keiner mehr mit Gewinn produzieren kann", so erklärt es Martin Bergner, Vorstandssprecher der Zentralkonsum-Genossenschaft – der Zentralgenossenschaft der ostdeutschen Konsumgenossenschaften, Genossenschaften anderer Branchen und Unternehmen in anderer Rechtsform.

Das Fortbestehen der Gruppe mit einem Umsatz von 700 Millionen Euro und 6.280 Mitarbeitern sei akut in der Existenz gefährdet. In dem Brief heißt es weiter, dass jahrelanges Wachstum und Investitionen, auch in den Umwelt- und Klimaschutz mit der derzeitigen Politik ad absurdum geführt würden.

Weiter betont Bergner gegenüber dem MDR, dass der Gasimport sichergestellt werden müsse, um die Wirtschaft am Laufen zu halten: "Das Gas ist das gleiche, ob es aus Nord Stream 1 oder 2 kommt."

Zur Energiesicherheit müssten auch vorhandene Kohle- sowie Atomkraftwerke genutzt werden.

Andreas Bosse, Geschäftsführer der Landbäckerei Stendal, Vorstand der Zentralkonsum-Genossenschaft und einer der Unterzeichner des Brandbriefs, verweist auf die enormen Preissteigerungen, die den Unternehmen absehbar Probleme bereiten. So müsse die

Landbäckerei mit dem Vierfachen an Strom- und dem Sechsfachen an Gaskosten rechnen. Hinzu kämen die Gasumlage und die [Erhöhung des Mindestlohns](#) ab Herbst.

"Unsere Politiker haben geschworen, alles zum Wohl des Volkes zu tun. Dann müssen wir auch erwarten können, dass sie ihre einstigen Beschlüsse jetzt moderater gestalten, weil die Situation eine andere ist", meint Andreas Bosse.

Da die zusätzlichen Kosten auf die Produktpreise geschlagen werden müssten, würde das die Inflation weiter antreiben. In diesem Jahr schreibe man rote Zahlen.

In dem Brief zählen die Unterzeichner verschiedene Bereiche auf, in denen demnach umgesteuert werden müsse, um einen Kollaps der Volkswirtschaft zu verhindern. So setze die "Ampel"-Koalition im Bereich Fachkräftemangel die falschen Akzente, indem Auflagen außerhalb des Arbeitsmarktes für arbeitsfähige Personen gelockert wurden. Die erhöhte Preissensibilität durch die gestiegene Inflation werde nicht nur die zunehmende Abwanderung zu Discountern verstärken.

"Die Regierung will regionale Produkte und Bioprodukte fördern. Doch genau auf diese Produkte verzichten die Käufer als erstes, um Geld zu sparen", erklärt Martin Bergner. Energieeinsparungen seien überhaupt gar nicht mehr möglich, weil der Verbrauch im Rahmen der Möglichkeiten bereits maximal verringert wurde und eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise Blockheizkraftwerke umgesetzt wurden.

Bergner ergänzt gegenüber RT DE, dass die Unternehmer mit dem offenen Brief auf die schwierige wirtschaftliche Situation des Rückgrats der Gesellschaft, den Mittelstand, aufmerksam machen möchten. Denn diese Unternehmen sind es mit ihren Mitarbeitern, die die Steuereinnahmen finanzieren und Arbeitsplätze schaffen.

Dass nun die Unternehmen selbst neue Lösungsvorschläge einbringen und Alternativen zu den von der Regierung verhängten Sanktionen anbieten sollen, verwundere die Unterzeichner. Denn das sei gerade die Aufgabe dieser Politiker.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f52772b480cc2f153fd6cb.jpg>

21:57 de.rt.com: **China fordert Verhandlungen im Zusammenhang mit der Situation um AKW Saporoschje**

Im Zusammenhang mit der Situation um das Atomkraftwerk Saporoschje fordert China die Konfliktparteien in der Ukraine auf, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Dies erklärte der ständige Vertreter Chinas bei der UNO, Zhang Jun.

Ihm zufolge ist die Krise noch nicht beendet. Er sagte:

"Wir brauchen die betroffenen Parteien, um sich an einen Tisch zu setzen, zu verhandeln und eine Lösung zu finden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f55bd3b480cc2e9c01a8b4.jpg>
Der ständige Vertreter Chinas bei der UNO, Zhang Jun

22:21 de.rt.com: **Donezk: Wieder Antipersonenminen von ukrainischen Truppen gegen Zivilisten eingesetzt**

Täglich verbreiten Social-Media-Kanäle Warnungen vor den kleinen und unscheinbaren, daher so tückischen "Lepestok"(Blütenblatt)-Minen, die mit Granaten und Raketen vom ukrainischen Militär auf die Wohn- und Geschäftsviertel von Donezk verschossen werden. Hier wird auf Minen in Spielzeuggröße aufmerksam gemacht, die in der Sobinow-Straße gesammelt wurden.

"Seien Sie vorsichtig!", [heißt](#) es warnend auf dem Telegram-Kanal Tipitschnyj Donezk. Die Donezkoje agentstwo nowostej (Donezker Nachrichtenagentur) [schreibt](#) dazu heute auf ihrem Kanal:

"Pioniere der DVR [Donezker Volksrepublik] haben rund 19.000 Minen entschärft, die von ukrainischen Truppen aus der Luft abgeworfen wurden.

Dabei handelt es sich um die Druckminen PMF-1 und PMF-1S 'Lepestok', die die ukrainischen Kämpfer aus dem Mehrfachraketenwerfer Uragan auf die Städte der DVR abwerfen. Der Sprengsatz ist für Kinder und Erwachsene gefährlich. In weniger als einem Monat, seit der Feind diese Munition in der Republik einsetzt, wurden 37 Menschen verletzt, von denen einer später im Krankenhaus starb."

22:39 de.rt.com: **US-Außenministerium: Wir wollen nicht durch Sanktionen russischer Bevölkerung schaden**

US-Behörden möchten nicht, dass die Maßnahmen der USA gegen Moskau "dem russischen Volk" schaden. Diese seien nicht gegen die Bevölkerung Russland gerichtet. Das erklärte der erste stellvertretende Leiter des Pressedienstes des US-Außenministeriums Vedant Patel.

Wörtlich hieß es:

"Was die Frage eines etwaigen Visumverbots betrifft, so haben wir deutlich gemacht, dass wir nicht wollen, dass unsere Maßnahmen dem russischen Volk schaden oder es wesentlich beeinträchtigen. Wir sind in dieser Hinsicht nicht mit dem Volk uneins."

Damit antwortete Patel auf die Aufforderung der ukrainischen Behörden, Ausstellung von Visa durch G7-Länder einzustellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f567eab480cc0cc9210376.jpg>
Gebäude des US-Außenministeriums

22:55 de.rt.com: **Medienberichte: Uneinigkeit in den USA über Lieferung neuartiger Munition an Kiew**

Die meisten US-Senatoren befürworten die Lieferung von ATACMS-Raketen für HIMARS-Raketenwerfer an die Kiewer Behörden. Dies berichtete Daily Beast. Gleichzeitig wolle Bidens Regierung die Entsendung nicht überstürzen, weil sie eine Eskalation mit Russland befürchte.

Während einige US-Senatoren den ukrainischen Streitkräften Langstreckenraketen zur Verfügung stellen wollen, möchten andere zunächst die militärischen Pläne Kiews für den Einsatz der Systeme abwarten, oder sie sind besorgt, dass die militärischen Reserven des Pentagons zur Neige gehen. Dies berichtete die Zeitung [Daily Beast](#).

Das angebliche Zögern des Weißen Hauses, Kiew [ATACMS-Raketen](#) für die HIMARS-Raketenwerfer zu schicken, scheint die Situation weiter zu verkomplizieren. Die Regierung im Weißen Haus betrachtet diesen möglichen Schritt als Eskalation gegenüber Russland. Bislang hat das Pentagon der Ukraine 16 hochmobile Artillerieraketensysteme HIMARS sowie Munition für gelenkte Mehrfachraketen (GMLRS) mit einer Reichweite von etwa 70 Kilometern geliefert. Kiew fordert jedoch ATACMS-Raketen an, die eine Reichweite von fast 300 Kilometern haben.

Senator [Marco Rubio](#) ist besorgt darüber, dass die USA nicht über hinreichend viele ATACMS verfügen, deren Herstellung viel Zeit in Anspruch nimmt. Das Pentagon habe derzeit zwischen 1.000 und 3.000 solcher Raketen in seinem Arsenal, so Daily Beast.

Senatorin Jacklyn Rosen sagte der Zeitung, sie wolle die strategischen Pläne der Ukraine kennen, bevor sie Anträge auf Munition mit größerer Reichweite prüfe. Sie erklärte: "Wir müssen sehen, wie ihr strategischer Plan aussieht. Was wir tun müssen, was die Ukraine tun muss und woran wir mit ihnen zusammenarbeiten, das ist, einen strategischen Plan für die Zukunft zu entwickeln und dann sicherzustellen, dass wir ihnen die angemessene Hilfe geben, die sie für die Umsetzung dieses Plans benötigen."

Anfang Juni hatte die Zeitung The New York Times berichtet, dass Kiew die Partner in Washington über seine Strategie weitgehend im Unklaren lässt. Letzte Woche enthüllte jedoch ein hochrangiger ukrainischer General die Beteiligung des US-Militärs an der Leitung der HIMARS-Schläge.

Oberstleutnant Garron J. Garn, ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, erklärte gegenüber Daily Beast, dass die USA "den Ukrainern eine Reihe von Fähigkeiten zur Verfügung stellen, die in dem Kampf, an dem sie beteiligt sind, angemessen sind, und zwar auf der Grundlage der Anforderungen, die die Ukrainer an uns gestellt haben". Die derzeit bereits gelieferte Munition könne der Ukraine helfen, "die meisten" ihrer Ziele zu bekämpfen, fügte Garn hinzu.

Einige Republikaner im Senat glauben jedoch, dass US-Präsident Joe Biden vor allem aus Angst vor einer Eskalation der Spannungen mit Russland zögert, Raketen mit noch größerer Reichweite an Kiew zu schicken. Senatorin [Joni Ernst](#) sagte zum Beispiel, die Regierung Biden sei zwar "risikoscheu", aber dennoch zu sehr auf Eskalation bedacht. Sie erklärte: "Wir müssen sicherstellen, dass wir nicht auf Russland eindreschen."

Bislang haben die USA 16 HIMARS-Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme an die Ukraine geliefert. Das Vereinigte Königreich und Deutschland haben mehrere weitere Raketenwerfer-Systeme bereitgestellt, welche dieselbe Munition abfeuern können.

Das russische Militär gab an, bisher mindestens vier der HIMARS-Abschussrampen zerstört zu haben und legte fotografische Beweise für die Angriffe vor. Sowohl Kiew als auch das Pentagon bestritten die Vernichtung, legten aber keine Beweise vor, um ihre Behauptungen zu untermauern oder die russischen Darstellungen zu widerlegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5027e48fbef594e21f683.jpg>
US-Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem HIMARS

22:56 de.rt.com: **Russischer UN-Botschafter Nebensja über AKW Saporoschje: Der Westen trägt die Verantwortung im Falle einer Katastrophe**

Die Verantwortung für eine mögliche Katastrophe im Atomkraftwerk Saporoschje, sollte sie sich ereignen, wird in vollem Umfang auf die westlichen Schirmherren Kiews fallen, so der ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat, Wassili Nebensja. Er erklärte laut der russischen Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#):

"Das wahre Ausmaß der nuklearen Katastrophe im AKW Saporoschje ist kaum vorstellbar. Die Verantwortung dafür werden dann die westlichen Sponsoren Kiews tragen."

Vor dem Hintergrund des Kiewer Vorgehens (RT DE [berichtet](#) mehrfach) hat Moskau eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats beantragt. Eine Mission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) unter Leitung des Chefs der Behörde, Rafael Grossi, soll das Kraftwerk besuchen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5689e48fbef5c9a11bb21.jpg>

Der Ständige Vertreter der Russischen Föderation bei der UNO, Wassili Nebensja, während der 75. Sitzung der UN-Generalversammlung, 22. September 2020

vormittags:

6:15 de.rt.com: Gas als Waffe? Russische Botschaft in Berlin weist Vorwürfe zurück

Die russische Botschaft in Deutschland hat Anschuldigungen kommentiert, wonach Russland seine Gaslieferungen als Waffe einsetze und damit absichtlich eine Energiekrise auslöse. Die jüngsten Vorwürfe, die in der Bundesrepublik zu hören sind, dass Russland für die aktuelle Energiekrise verantwortlich sei und sein Gas als Waffe einsetze, seien unbegründet, teilte die Botschaft am Donnerstag mit. Demnach sei die Krise schon im Vorjahr durch den Übergang europäischer Länder auf den Kauf von Gas auf dem Spotmarkt verursacht worden. Die Lieferungen von Flüssigerdgas seien stark zurückgegangen und die Preise in die Höhe geschossen. "Russland erfüllt weiterhin alle vertraglichen Lieferverpflichtungen, was von der Bundesregierung mehrmals bestätigt wurde", hieß es in einer Erklärung auf der Webseite der Botschaft.

Grund für den Rückgang der russischen Gaslieferungen nach Europa seien die Folgen der antirussischen Sanktionen. Als Beispiel nannte die Botschaft die Einstellungen der Gaslieferungen über die Erdgasleitung Jamal-Europa sowie durch die Ukraine und den Stopp der Pipeline Nord Stream 2. Die Pipeline Nord Stream 1 sei nur zu 20 Prozent ausgelastet, da nur eine Siemens-Turbine in der Verdichterstation Portowaja in Betrieb sei. Der Rest müsse entweder gewartet oder repariert werden. "Siemens Energy ist sich der Situation sehr wohl bewusst", betonte die Botschaft.

Die Lieferung der in Kanada reparierten und derzeit in Mülheim zwischengelagerten Turbine habe nicht den Vertragsbedingungen entsprochen. Moskau benötige eine offizielle Bestätigung, dass diese und andere Turbinen keinen Sanktionen der EU, Kanadas und des Vereinigten Königreichs unterliegen. Solange der Energiekonzern Gazprom diese Unterlagen nicht erhält, könne er diese Turbine nicht annehmen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte Russland vergangene Woche indirekt vorgeworfen, Vorwände für die ausbleibenden Gaslieferungen zu nutzen. Die Turbine für Nord Stream 1 sei jederzeit einsetzbar und könne geliefert werden, sagte der SPD-Politiker. Gazprom besteht wiederum darauf, dass sein Vertragspartner Siemens Energy nicht die nötigen Dokumente und Informationen zur Reparatur der Maschine übermittelt hat. Siemens Energy weist die Vorwürfe zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5108248fbef588a028a67.jpg>

7:02 de.rt.com: **Russischer UN-Botschafter Nebensja: Kiew würde AKW Saporoschje für Provokationen nutzen, wenn Russland seine Truppen abzieht**

Dank des russischen Militärs konnte eine Katastrophe im Kernkraftwerk Saporoschje verhindert werden. Wenn Moskau die Truppen abziehen sollte, könnte Kiew die Anlage für schreckliche Provokationen nutzen, so der ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Wassili Nebensja.

Ihm zufolge schützen die russischen Truppen das AKW Saporoschje und wehren Tag für Tag Angriffe ukrainischer Truppen auf die Anlage in koordinierter Abstimmung mit dem Anlagenpersonal ab. Nebensja erklärte vor dem UN-Sicherheitsrat:

"Dank ihres Einsatzes ist es bisher gelungen, wichtige Anlagen zu schützen und eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Wir wissen, wozu das Kiewer Regime fähig ist."

"Diejenigen, die den Abzug der russischen Truppen vorschlagen, sollten sich der Konsequenzen bewusst sein, dass diese Einrichtung ungeschützt bleibt und von Kiew und nationalistischen Gruppen für abscheulichste Provokationen genutzt werden kann."

7:37 de.rt.com: **Behörden des Gebietes Saporoschje: Beschuss des Kernkraftwerks wird nach Rückzug der ukrainischen Streitkräfte aus Marganez und Nikopol aufhören**

Der Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje durch Einheiten der ukrainischen Armee kann nur gestoppt werden, wenn sich die ukrainischen Streitkräfte aus Marganez, Nikopol und Tomakowka zurückziehen, von wo aus sie Energodar und die Anlage beschießen. Das verkündete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Saporoschje, am Freitag gegenüber [TASS](#).

"Dieses Ende kann nur durch die Befreiung von Marganez, Nikopol und Tomakowka, den Siedlungen, von denen aus der Beschuss erfolgt, sowie durch die Befreiung von Saporoschje, dem Gebietszentrum, erreicht werden."

Im Idealfall solle der gesamte post-ukrainische Raum befreit werden, damit die Menschen keine terroristische Bedrohung mehr kennen, so Rogow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f5dbe7b480cc0d5322439b.jpg>

8:11 de.rt.com: **Lugansker Späher zerstören ukrainische Militärstellung bei Soledar**

Späher der Lugansker Volksmiliz sollen eine ukrainische Militärstellung nahe Soledar in der Donezker Volksrepublik zerstört haben. Das berichtet [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf ein entsprechendes Video, das der Nachrichtenagentur zur Verfügung gestellt wurde.

Das [Filmmaterial](#) zeigt, wie sich die Gruppe in den frühen Morgenstunden heimlich dem Feind nähert.

Die Operation soll zur Zerstörung einer getarnten Stellung des ukrainischen Militärs in der Nähe eines Feldweges geführt haben. Nach Angaben der Lugansker Aufklärer befand sich der feindliche Posten in einem bewaldeten Gebiet und wurde für Angriffe auf die alliierten Truppen Russlands und der Volksrepubliken genutzt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 12.8.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 4 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 11. August haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Lissitschank und Borowskoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der Volksfront haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Pakete und Baumaterialien für die Einwohner von Borowskoje geliefert.

Außerdem haben Kosaken der Don-Truppen gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR mehr als 15 Tonnen humanitäre Hilfe für die Einwohner von Perwomajsk, Toschkowka und Gorskoje geliefert.

9:05 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: Ukrainische Truppen verlassen Stellungen in Nagornoje**

Die ukrainischen Truppen verlassen ihre Stellungen nahe der Siedlung Nagornoje und

bewegen sich in Richtung Soledar. Dies teilte der Offizier der LVR-Volksmiliz Andrei Marotschko. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal: "Im Umfeld der Siedlung Nagornoje wird die Bildung von kleinen Kolonnen in Richtung Soledar beobachtet. Die ukrainischen Einheiten verlassen ihre Stellungen und nehmen Waffen und militärische Ausrüstung mit."

Zuvor hatte Marotschko erklärt, dass die Truppen der Republik zusammen mit dem russischen Militär von Nordosten her in Artjomowsk eingedrungen seien und fast das Zentrum von Soledar erreicht hätten. Im Südosten der Stadt hätten die LVR-Kräfte bereits das Gelände der Gipsfabrik Knauf besetzt. Nagornoje ist weniger als 20 Kilometer von Soledar entfernt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f5f16648fbef114c0dfe72.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **452 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 4 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 47 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Fahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und mehr als 20 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:33 de.rt.com: **Behörden im Gebiet Saporoschje berichten von Kämpfen zwischen Einheimischen und ukrainischen Sperrtruppen**

Bewohner des von Kiew kontrollierten Teils von Saporoschje weigern sich, an der Territorialverteidigung teilzunehmen, und es kommt zu Zusammenstößen zwischen ihnen und den nationalistischen Sperrtruppen. Das berichtete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates

der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Saporoschje, der Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#).

Das Gebiet steht derzeit zu mehr als 70 Prozent unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. Gleichzeitig befindet sich das Gebietszentrum, die Stadt Saporoschje, noch unter der Kontrolle ukrainischer Truppen.

"Die territoriale Verteidigung in dem von Kiew kontrollierten Teil des Gebietes Saporoschje wird abgeschrieben. Die Menschen in Saporoschje wollen massenhaft nicht kämpfen und versuchen auf jede Weise auf unsere Seite zu wechseln."

Kiew verstehe, dass es ausgeschlossen sei, den Bewohnern des Gebietes Saporoschje Waffen zu überlassen, weil sie sie bald gegen die ukrainischen Truppen richten könnten, so Rogow. Ihm zufolge gab es bereits mehrere Zusammenstöße zwischen nationalistischen Spertruppen und Einwohnern des Gebiets, die gewaltsam in die Reihen der Territorialverteidigung getrieben wurden. Er betonte:

"Die Einwohner von Saporoschje wollen nicht für Selenskij kämpfen, töten oder sterben."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/08/06/1807714487_23:0:2526:1408_600x0_80_0_0_c4b80f6ce8974e6566a3ec13856ab0da.jpg

Die russische Trikolore wurde auf einem Fernsehturm in der Stadt Dnjeprorudnoje in der Region Saporoschje gehisst.

10:04 de.rt.com: **Koordinierungszentrum genehmigt Auslaufen zwei weiterer Schiffe mit Getreide aus der Ukraine**

Die Gemeinsame Koordinierungsstelle in Istanbul hat das Auslaufen zwei weiterer Trockenfrachtschiffe mit Getreide aus ukrainischen Häfen am Freitag genehmigt. Dies berichtet [TASS](#) mit Bezug auf eine Erklärung der Stelle am Donnerstag.

Das Trockenfrachtschiff Star Laura wird mehr als 60.000 Tonnen Mais aus dem Hafen Juschny befördern, die an den iranischen Hafen Bandar-Chomeini geliefert werden sollen. Das Schiff Sormovskiy 121 verlässt den Hafen von Tschernomorsk mit rund 3.000 Tonnen Weizen und nimmt Kurs auf den türkischen Hafen Tekirdag.

Darüber hinaus genehmigte die Koordinierungsstelle vorläufig die Durchfahrt der Trockenfrachtschiffe Efe und Sara in Richtung Odessa. Sie werden voraussichtlich am Freitag in den Gewässern des Marmarameers inspiziert, wo auch das Schiff Rahmi Yagci, das 5.300 Tonnen Sonnenblumenöl nach Istanbul transportiert, inspiziert werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f5ee2eb480cc0d650f2516.jpg>

10:39 de.rt.com: **Duma-Sprecher Wolodin: Biden und Selenskij werden für die Folgen des Beschusses des AKW Saporoschje verantwortlich sein**

US-Präsident Joe Biden und der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij werden für die tragischen Folgen des Beschusses des Kernkraftwerks Saporoschje verantwortlich sein. Dies erklärte der Sprecher der Staatsduma Russlands, Wjatscheslaw Wolodin, am Freitag. Er betonte laut [TASS](#):

"Das Vorgehen Washingtons und des Kiewer Regimes birgt die Gefahr einer nuklearen Katastrophe."

Wolodin fügte hinzu, dass das Atomkraftwerk mit Raketen und schwerer Artillerie beschossen werde, "was tragische Folgen für die Bewohner der meisten Gebiete der Ukraine und mehrerer europäischer Länder haben könnte". Der Politiker hob hervor:

"Die Verantwortung dafür liegt bei Biden und Selenskij sowie bei den europäischen Staatsechfs, mit deren stillschweigendem Einverständnis der Beschuss stattfindet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f5f86248fbef114c0dfe7d.jpg>

Wjatscheslaw Wolodin

10:56 de.rt.com: **Kreml: Westen wird gegen Russland "bis zum letzten Ukrainer" kämpfen**

Russland kämpfe derzeit "mit absoluter Sicherheit" in der Ukraine gegen die NATO und nicht gegen die Ukraine an sich, so die Schlussfolgerung des stellvertretenden Stabschefs von

Präsident Wladimir Putin. Gleichzeitig versprach der ukrainische Präsident, dass "die Kämpfe weitergehen werden, bis die Krim zurückerobert wurde".

Die Staatsführung der Ukraine habe ihr eigenes Volk verkauft, um im Namen der NATO gegen Russland zu kämpfen, so die Schlussfolgerung von Sergej Kirienko, dem stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsverwaltung des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er zeigte sich überzeugt davon, dass westliche Nationen gegen das Sterben in der Ukraine so lange nichts unternehmen werden, wie es ihren Interessen dient.

"Wir verstehen sehr gut, dass wir auf ukrainischem Territorium nicht gegen die Ukraine kämpfen, schon gar nicht gegen das ukrainische Volk. Der gesamte Block der NATO führt die Hand der Ukraine in diesem Krieg mit Russland", sagte Kirienko am vergangenen Mittwoch in einer Rede. Er machte die Regierung in Kiew für den Ausbruch der Feindseligkeiten verantwortlich und warf ihr vor, Land und Leute in einer "fundamentalen Konfrontation der westlichen Gemeinschaft gegen Russland" zu opfern.

"Die NATO wird noch so gerne gegen Russland bis zum letzten Ukrainer kämpfen, wie es von ihr erst kürzlich angedeutet wurde. Warum auch nicht? Sie fühlen dabei auch keinerlei Mitleid."

Kirienko hielt seine Rede im Rahmen eines Forums für junge russische Politikwissenschaftler, das diese Woche in der Region Moskau eröffnet wurde. Über eine Videokonferenzschaltung sagte er den Teilnehmern, dass es an ihnen liege, in Zukunft neue Ideen und Wege zu finden, um Russland dabei zu helfen, einen herausragenden Platz in der zukünftigen Weltordnung einzunehmen, deren endgültige Form durch den anhaltenden Konflikt in der Ukraine bestimmt wird.

Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen gehe weit über einen bloßen kinetischen Konflikt in der Ukraine hinaus, sagte Kirienko. Auch die beispiellosen Wirtschaftssanktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen Russland und die "informationspsychologischen Angriffe" seien wesentliche Bestandteile dieses Konflikts.

Jedoch hätten sich die Gegenspieler Moskaus verkalkuliert, als sie sich für ihre Vorgehensweise gegen den russischen Militäreinsatz in der Ukraine entschieden hätten, fügte Kirienko unter Berufung auf westliche Dokumente hinzu.

"Sie haben Anfang März ernsthaft darüber nachgedacht, ob man in Russland fünf Millionen Menschen braucht, die auf den Straßen protestieren oder – noch besser – zehn Millionen und ab wann damit zu rechnen ist. Bis Ende März oder spätestens Mitte April? Die Planer im Westen glaubten ernsthaft, dass Russland angesichts der erwarteten Proteste zu sehr abgelenkt sein werde, um seine geostrategischen Interessen zu verteidigen."

Seinen Zuhörern riet Kirienko zudem, davon abzusehen, die Wachsamkeit gegenüber dem Westen fallen zu lassen. Der Druck auf Russland werde hoch bleiben und könne in seiner Effizienz sogar noch zunehmen. Moskaus Gegner seien "ziemlich schlaue und kompetente Leute, die aus ihren Fehlern lernen können", betonte er.

Derweil hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoansprache an sein Volk angekündigt, wann der Krieg gegen Russland beendet werden wird. Die Ukraine werde so lange gegen Russland kämpfen, bis sie die Kontrolle über die Halbinsel Krim wiedererlangt habe, so das Versprechen des Präsidenten.

"Dieser russische Krieg gegen die Ukraine, gegen das ganze freie Europa, hat mit der Krim begonnen und muss mit der Krim enden, mit ihrer Befreiung", sagte Selenskij am vergangenen Dienstag. Die Krim sei ukrainisch und man werde sie niemals aufgeben, gelobte der Präsident und wiederholte, dass die Halbinsel, die 2014 in einem Referendum als Antwort auf einen Regierungsumsturz in Kiew mit überwältigender Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hatte, von Moskau seither "besetzt" sei. Die Region rund um das Schwarze Meer könne nicht sicher sein, und es könne keinen Frieden geben, solange die Krim besetzt bleibt und Russland in der Lage ist, die Halbinsel als Militärbasis zu nutzen, behauptete er weiter.

Selenskij musste jedoch einräumen, dass es derzeit "unmöglich ist zu sagen", wann genau die Ukraine in der Lage sein werde, die Krim zurückzuerobern. "Aber wir fügen der Strategie zur Befreiung der Halbinsel ständig neue Komponenten hinzu", ergänzte er.

Letzten Monat kündigte der stellvertretende ukrainische Verteidigungsminister Wladimir Gawrilow an, dass Kiew vom Westen gelieferte Waffen einsetzen werde, um die russische Schwarzmeerflotte zu versenken, die in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim vor Anker liegt, und damit die Halbinsel zurückzuerobern. Eine solche Operation werde "früher oder später" durchgeführt werden, sagte er gegenüber britischen Medien.

Andere ukrainische Offizielle haben zudem kürzlich Drohungen gegen die Krim ausgesprochen, darunter der Chef-Berater von Selenskij, Alexei Arestowitsch, der sagte, dass Kiew die 19 Kilometer lange Brücke über die Meerenge von Kertsch angreifen könne, mit der die Krim mit dem russischen Festland verbunden ist, sobald man die "technischen Möglichkeiten" dazu erhalten habe.

Moskau hat auf diese Drohung entgegnet, dass die Krim vor jeglichen Angriffen der ukrainischen Seite gut geschützt sei.

Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew, der jetzt stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates seines Landes ist, warnte jedoch, sollte die Führung in Kiew wirklich beschließen, Gewalt gegen die Halbinsel anzuwenden, werde "der Tag des Gerichts gleichzeitig über sie alle kommen – mit einem schnellen und schweren Urteil".

Russland betrachtet die Halbinsel als sein Staatsgebiet und hat für den Fall ukrainischer Angriffe auf die Krim mit massiver Vergeltung gedroht, die laut Beobachtern sehr wahrscheinlich in Form von Bombardierungen von Regierungsgebäuden sowie der Infrastruktur in Kiew selbst durchgeführt werden könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f6154fb480cc7dbf0cdc23.jpg>

11:43 de.rt.com: **Medienbericht: Deutscher Kaffeeproduzent Tchibo zieht sich aus Russlandgeschäft zurück**

Der weltweit viertgrößte Kaffeeproduzent, das deutsche Unternehmen Tchibo GmbH, hat beschlossen, seine Geschäfte in Russland an einheimische Topmanager zu übertragen. Das berichtet die Zeitung [Kommersant](#) unter Berufung auf das Einheitliche Staatliche Register für juristische Personen in Russland.

Medienberichten zufolge sei die Tchibo GmbH bereits seit Juli nicht mehr Eigentümerin der Tchibo GUS GmbH, die sich nun im Besitz des Unternehmens Tchibo GUS des Unternehmers Michail Kowalewski befindet. Quellen von Kommersant, die mit der Situation im Unternehmen vertraut sein wollen, weisen jedoch darauf hin, dass Tchibo GUS die Marken Tchibo und Davidoff bis Ende des Jahres nutzen darf. Für die Zeit danach müsse das Unternehmen an der Entwicklung neuer Marken arbeiten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f5fbff48fbef4b346671ae.jpg>

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Russland: Ukrainische Truppen beschießen Dorf Swerdlukowo im Gebiet Kursk**

Die ukrainischen Streitkräfte haben das Dorf Swerdlukowo im russischen Gebiet Kursk beschossen. Das teilte der Gouverneur des Gebietes, Roman Starowoit, in seinem Telegram-Kanal mit.

Seinen Angaben zufolge soll es keine Verletzten gegeben haben. Die Geschosse sollen in den Gemüsegärten der Einwohner explodiert sein.

Die Ortschaft Swerdlukowo liegt an der Grenze zum ukrainischen Gebiet Sumy. Für das Gebiet Kursk gilt aufgrund des regelmäßigen Beschusses der Grenzgebiete die Terrorismuswarnstufe Gelb.

12:34 de.rt.com: **Medwedew: Selenskij erwartet entweder ein Tribunal oder die Rückkehr zu Nebenrollen in Comedy-Shows**

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew ist der Ansicht, dass es für den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij keine anderen Optionen gibt als ein Tribunal oder eine Rückkehr zu Nebenrollen in Comedy-Shows. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur [TASS](https://tass.ru).

dan-news.info/lug-info.com: **Ab dem 1.7.2022 wird in der DVR und der LVR die Mindestrente auf 10.000 Rubel festgelegt. Bisher betrug sie 7884,86 Rubel.**

12:52 de.rt.com: **Ukrainische Armee verliert über 2.000 Mann bei Soledar**

Die Verluste der ukrainischen Truppen in Soledar infolge einer Offensive der alliierten Streitkräfte belaufen sich auf mehr als 2.000 Soldaten. Das verkündete das russische Verteidigungsministerium am Freitag. In einer entsprechenden Erklärung hieß es laut [RIA Nowosti](https://ria.ru):

"Infolge der Offensive der alliierten Streitkräfte bei Soledar beliefen sich die Verluste der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf mehr als 2.000 Personen. Der Rest des Personals der Brigade wurde von der ukrainischen Führung in die rückwärtigen Gebiete abgezogen."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/07/13/1803402037_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_6dea9c52355d9fd838b459f232fcd185.jpg

13:13 de.rt.com: **Russischer Senator: EU steht große Energiekatastrophe bevor**

Die EU könnte größere Probleme aufgrund des Ölembargos gegen Russland vermeiden, wenn sie die Sanktionen aufhebt. Darauf wies der russische Senator Alexei Puschkow auf seinem Telegram-Kanal hin und kommentierte damit einen Artikel vom Bloomberg-Kolumnisten Javier Blas über Moskaus Sieg in der Konfrontation auf dem Ölmarkt.

Wie Puschkow feststellte, zeigt die derzeitige Situation, dass die EU ohne Öl aus Russland eine schwierige Zeit haben wird. Er betonte:

"Mit anderen Worten: Das Embargo für den Seetransport von russischem Öl, das die EU ab 2023 verhängen will, wird die Europäer selbst weit mehr bestrafen als Russland."

Laut dem Senator hat Brüssel noch Zeit, seine eigenen Sanktionen anzupassen und ein solches Embargo in voller Übereinstimmung mit dem offiziellen EU-Grundsatz aufzuheben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f62495b480cc7bc9375e8a.jpg>

Alexei Puschkow

13:47 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter: Ukrainische Streitkräfte beschießen Atomkraftwerk Saporoschje mit Lenkraketen aus westlicher Produktion**

Ukrainische Truppen sollen das Kernkraftwerk Saporoschje mit Lenkraketen aus westlicher Produktion beschossen haben. Das teilte das Mitglied der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Saporoschje Wladimir Rogow laut [RIA Nowosti](https://ria.ru/) mit. Er sagte:

"Man beachte, dass es die von denselben Angelsachsen hergestellten Lenkgeschosse sind, die auf das Atomkraftwerk abgefeuert werden. Der Punkt ist, dass sie gefährlich sind, weil sie

gelenkt werden – sie gehen dorthin, wohin man sie lenkt."

Rogow zufolge ging eins der Geschosse "zehn Meter von der Lagerstätte für Kernbrennstoffe entfernt" nieder. Die örtlichen Behörden versprachen, bald Beweise und Bestätigungen für den Angriff vorzulegen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/07/1782269494_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_0e5ad04b7dc52a0343f8ac7cfbc32bb7.jpg

13:49 de.rt.com: **Ukraine warnt russische Touristen vor Krim-Reisen**

Russische Urlauber sollen die Halbinsel Krim verlassen, heißt es in einem vom ukrainischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Twitterbeitrag. Kiew impliziert, dass Krimreisende bei Angriffen durch ukrainische Truppen getötet werden könnten.

Das ukrainische Militär hat eine Warnung an russische Touristen auf der Halbinsel Krim veröffentlicht. Ein am Donnerstag vom ukrainischen Verteidigungsministerium auf Twitter veröffentlichtes Video betont, dass die Krim der Ukraine gehöre und impliziert, dass Besucher bei Angriffen durch ukrainische Streitkräfte getötet werden könnten.

"Ihr hattet einige Optionen in diesem Sommer: Die Strände von Palm Jumeirah, die Badeorte von Antalya, die kubanischen Cabañas. Ihr habt die Krim gewählt – ein großer Fehler. Zeit, nach Hause zu gehen", heißt es im Video. Die mit dem Lied "Cruel Summer" von Bananarama unterlegten Bilder der genannten Urlaubsorte werden von Aufnahmen von Explosionen auf dem russischen Flugfeld von Saki nahe des Dorfes Nowofjodorowka und flüchtenden Badegästen vom nahegelegenen Strand gefolgt. Die ukrainische Behörde schrieb: "Falls sie keinen unangenehm heißen Sommerurlaub wollen, empfehlen wir unseren geschätzten russischen Gästen, die ukrainische Krim nicht zu besuchen."

Während Kiews Militär stark implizierte, für die Explosionen verantwortlich zu sein, erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass der Flugplatz nicht angegriffen wurde und die dort gelagerte Munition infolge von Verstößen gegen Brandschutzvorschriften explodiert sei. Nach Angaben der lokalen Behörden wurden bei der Explosion eine Person getötet und fünf weitere verletzt.

Indessen erklärte das Tourismusministerium der Republik Krim gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass der Vorfall keine Auswirkungen auf den touristischen Verkehr in dem Gebiet habe:

"Nach Angaben von Hotelverwaltungen und Reiseveranstaltern, die Touren in die Krim organisieren, ist kein Verzicht auf Reisen auf die Krim zu beobachten. Auch laufende Urlaubsaufenthalte werden weder im Bezirk Saki noch in sonstigen Regionen der Republik unterbrochen."

Bis Ende August seien Hotels zu 80 Prozent, für September bis zu 60 Prozent ausgebucht. Alle Strände und Gaststätten der Halbinsel empfangen Reisende routinemäßig weiter, fügte die Behörde hinzu.

Die überwiegend russischsprachige Halbinsel Krim hatte sich nach dem Sturz der Kiewer Regierung im Jahr 2014 von der Ukraine gelöst und nach einem Referendum der Russischen Föderation angeschlossen. Seitdem dient der Militärflugplatz Saki nahe des Dorfs Nowofjodorowka als Basis für Kampfflugzeuge und Hubschrauber der russischen Schwarzmeerflotte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f6338eb480cc7ea44d4b68.jpg>

Rauch steigt nach einer Explosion auf dem russischen Militärflugplatz Saki über dem Strand von Nowofjodorowka auf der Krim auf, Aufnahme vom 9. August.

14:12 de.rt.com: **Kiew kündigt Kooperationsabkommen zwischen ukrainischen und weißrussischen Innenministerien auf**

Die ukrainische Führung hat ein Kooperationsabkommen zwischen den Innenministerien der Ukraine und Weißrusslands gekündigt. Die Entscheidung wurde am 9. August in einem Regierungsdekret verankert. Laut [RIA Nowosti](#) heißt es in dem Dokument:

"Aufgrund der radikalen Veränderung der Umstände beschließt das Ministerkabinett der Ukraine, das am 6. März 1992 in Tschernigow unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium der Ukraine und dem Innenministerium der Republik Weißrussland zu kündigen."

Das Abkommen sah vor, dass die Ministerien beider Länder bei der Verbrechensbekämpfung, dem Schutz der öffentlichen Ordnung, der Vollstreckung von Strafen, der Suche nach vermissten Personen, Unterhaltshinterziehern und -klägern, der Identifizierung von Personen ohne Papiere, der Straßenverkehrssicherheit, dem Brandschutz und der Entwicklung der wissenschaftlichen, informationellen und technischen Kommunikation zusammenarbeiten. Medienberichten zufolge hat die ukrainische Regierung das Außenministerium angewiesen, die weißrussische Seite über die Beendigung des besagten Abkommens ab dem Datum des Erhalts einer solchen Mitteilung zu informieren.

14:47 de.rt.com: **Russland: Ukrainische Behörden überlassen dem Westen ihr Territorium für den Krieg**

Ramasan Abdulatipow, der Ständige Vertreter Russlands bei der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (kurz OIZ), hat erklärt, dass die ukrainischen Behörden dem Westen das Territorium des Landes überlassen hätten, um Krieg gegen Russland zu führen. Wörtlich hieß es:

"Die ukrainische Führung hat sich als unfähig erwiesen, ihr Volk zu verteidigen, und hat dem Westen ihr Territorium für den Krieg mit Russland überlassen. In Wirklichkeit ist der Konflikt in der Ukraine ein Krieg mit einer aggressiven Koalition des Westens unter Führung der USA."

Abdulatipow wies darauf hin, dass der Westen Gespräche mit muslimischen Ländern führt, um deren Haltung gegenüber Russlands militärischer Sonderoperation in der Ukraine zu ändern. Der Diplomat betonte, dass die muslimischen Länder eine reiche Erfahrung in Form

von "Aggressionen in Libyen und im Irak" haben, um nicht auf solche Tricks zu reagieren. Nach Ansicht des Ständigen Vertreters hätten sich die muslimischen Länder als verlässlichere Partner für Russland unter schwierigen Bedingungen erwiesen, wenn der Westen seine Arbeit gegen Russland richte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f64bb4b480cc7bc9375ec7.jpg>

Russische Pioniere im Einsatz in der Ukraine

15:15 de.rt.com: **Gebäude der Wirtschaftshochschule in Gorlowka bei Beschuss durch ukrainische Truppen beschädigt**

Das Gebäude der Wirtschaftshochschule in der Stadt Gorlowka in der Donezker Volksrepublik wurde durch den gestrigen Beschuss durch ukrainische Truppen beschädigt, verkündete Iwan Prichodko, der Bürgermeister der Stadt. Er postete mehrere Fotos der Bildungseinrichtung auf seinem Telegram-Kanal und [schrieb](#):

"Wir erhalten weiterhin Informationen über die Zerstörung der Infrastruktur infolge des gestrigen Beschusses von Gorlowka durch die ukrainischen Neonazis. So wurde das Gebäude der Hochschule für Industrietechnik und Wirtschaft in Gorlowka unterschiedlich stark beschädigt."

15:31 de.rt.com: **Bundeswehr setzt Einsatz in Mali vorerst aus**

Nachdem der Bundeswehr erneut die Überflugrechte über Mali verweigert worden waren, konnte ein anstehender Personalwechsel der Bundeswehr nicht durchgeführt werden. Darauf reagierte das Verteidigungsministerium mit der Einstellung aller Bundeswehr-Operationen in Mali.

In einem Tweet teilte das Verteidigungsministerium den Abbruch der Operationen der Aufklärungskräfte und der Transportflüge mit. Die Einheiten der Bundeswehr sollen aber weiterhin in Mali verbleiben, sich dort aber nur noch um den Eigenschutz kümmern.

Truppen bleiben vorerst stationiert

Generell sei Deutschland bereit, sich weiter an der Friedensmission in Mali zu beteiligen, teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit mit. Dafür sei man aber auf die Unterstützung der dortigen Regierung angewiesen.

Zuletzt war es zwischen westlichen Regierungen und der Übergangsregierung in Mali wiederholt zu Konflikten gekommen. Bereits im Juni hatte sich Frankreich aus dem afrikanischen Land zurückgezogen.

Der umstrittene Einsatz steht bereits seit Langem in der Kritik. Es ist der größte Auslandseinsatz der Bundeswehr. In Mali beteiligt sich das deutsche Heer gleich an zwei Missionen: der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Mali und dem UN-Einsatz MINUSMA.

Malis Zusammenarbeit mit Russland stellte deutschen Einsatz infrage

Das westafrikanische Land ist politisch instabil. Zuletzt hatte es im Mai 2021 einen

Militärputsch gegeben. Die neuen Machthaber wandten sich zunehmend vom Westen ab. Bereits zu Beginn des Jahres stand der Einsatz der Bundeswehr in Mali infrage, nachdem bekannt geworden war, dass sich die Militärregierung um eine Zusammenarbeit mit Russland bemüht hatte. Der Einsatz von russischen Ausbildern wird von Mali nicht bestritten. Allerdings behaupteten die USA, es seien zudem russische Söldner in Mali stationiert. Schon damals gab es im Bundestag erhebliche Zweifel am weiteren Sinn des Mali-Einsatzes, zumal aufgrund der unklaren Faktenlage die Gefahr bestand, dass sich deutsche und russische Truppen bei Kampfhandlungen gegenüberstehen könnten. Dennoch wurde bis heute am Einsatz festgehalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f64ba548fbef4b3466720e.jpg>

Noch im Juni besuchte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht ein Trainingszentrum, in dem Soldaten auf den Malieinsatz vorbereitet werden.

15:52 de.rt.com: **DVR meldet Tod eines Mannes infolge des Beschusses von Donezk**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Stadt Donezk nach Angaben des Hauptquartiers der Territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik erneut beschossen haben. Dabei soll ein Zivilist getötet worden sein. Auf dem Telegram-Kanal der Territorialen Verteidigung heißt es:

"Die ukrainischen Kräfte haben den Stadtteil Kirowski von Donezk angegriffen, wobei ein Mann in der Grusinskaja-Straße getötet wurde."

Einheiten der ukrainischen Armee beschießen weiterhin weite Stadtteile von Donezk mit großkalibriger Artillerie.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f64a6ab480cc7ea44d4b9f.jpg>

Leiche eines Zivilisten, der durch den Beschuss der Ukraine im Zentrum von Donezk getötet wurde

16:11 de.rt.com: **Çavuşoğlu enthüllt: Türkei und Syrien führten im vergangenen Oktober auf Ministerialebene Gespräche**

Das Gespräch auf dem Gipfel der Bewegung der Blockfreien Staaten in Belgrad war das erste hochrangige Treffen zwischen der Türkei und Syrien seit 2011. Als Reaktion auf die öffentliche Bekanntgabe dieses Treffens durch den türkischen Außenminister haben Islamisten in Idlib die türkische Flagge verbrannt.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu gab am Donnerstag bekannt, dass er sich während des Gipfeltreffens der Bewegung der Blockfreien Staaten in Serbien im vergangenen Oktober mit seinem syrischen Amtskollegen Faysal Mikdad getroffen und mit ihm über die Lage in Syrien gesprochen habe. Dies war das erste hochrangige Treffen zwischen der Türkei und Syrien seit Beginn des Syrien-Konflikts 2011.

Auf der 13. Botschafterkonferenz in Ankara betonte Çavuşoğlu die Notwendigkeit, sich mit der Regierung in Damaskus zu versöhnen, und sagte: "Wir müssen uns irgendwie mit der Opposition und dem Regime in Syrien arrangieren. Sonst wird es keinen dauerhaften Frieden geben."

Mit dieser Aussage deutete Çavuşoğlu mögliche neue direkte Gespräche zwischen der Türkei und Syrien an.

"Es muss eine mächtige Regierung geben, um die Teilung Syriens zu verhindern, und es muss eine Regierung geben, die das gesamte Territorium des Landes kontrollieren kann. Dies kann nur durch Einheit erreicht werden", fügte der türkische Spitzendiplomat hinzu.

Çavuşoğlus Enthüllung kam für viele Syrer überraschend, da die Türkei seit 2011 islamistische Terrorgruppen in Syrien unterstützt und bislang drei militärische Invasionen in das Land geführt hat, um nach der Darstellung der türkischen Beamten kurdische Militante zu bekämpfen.

Offenbar fühlen sich nun syrische Islamisten vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan verraten. Nach der öffentlichen Bekanntgabe dieses Treffens zirkuliert in den sozialen Medien ein [Video](#), in dem zu sehen ist, wie Islamisten in den von der Türkei besetzten syrischen Gebieten eine türkische Flagge verbrennen.

Ankara hat kürzlich angekündigt, dass es bereit ist, Damaskus "politische Unterstützung" anzubieten, wenn es dazu beiträgt, sich dem türkischen Ziel anzuschließen, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus Nordsyrien zu vertreiben.

Zugleich machen [Berichte](#) die Runde, dass Erdoğan plant, in naher Zukunft mit Präsident Assad zu telefonieren. Putin soll Anfang August in Sotschi dem türkischen Regierungschef vorgeschlagen haben, eine Vermittlerrolle zwischen Türkei und Syrien einzunehmen. Erdoğan liebäugelt zugleich längst mit einer vierten Invasion der türkischen Armee in Nordsyrien. Russland sprach sich ausdrücklich gegen einen türkischen Einmarsch in Nordsyrien aus. Moskau hatte Anfang Juli als Warnung an die Türkei die Fortsetzung der UN-Hilfen durch den Grenzübergang Bab al-Hawa – über den Damaskus keine Kontrolle hat – nur für sechs Monate verlängert. Der syrische Präsident Baschar al-Assad und andere hochrangige Beamte haben mehrfach erklärt, dass Damaskus mit allen legitimen Mitteln gegen die neue türkische Invasion in Syrien reagieren wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f63967b480cc01d0284a52.jpg>

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu spricht während der 13. Botschafterkonferenz in Ankara am 8. August 2022.

16:19 de.rt.com: **Moskau: Ukrainische Version des Beschusses von AKW Saporoschje in UNO nicht unterstützt**

Die Teilnehmer der Sitzung des UN-Sicherheitsrats sollen die Version Kiews, dass der Beschuss des Atomkraftwerks Saporoschje angeblich von russischer Seite ausgeht, nicht unterstützt haben. Dies gab der Erste Stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Dmitri Poljanski bekannt.

Nun seien diejenigen, die das von Russland einberufene Treffen zu den Angriffen der ukrainischen Streitkräfte auf das AKW verfolgten, im Bilde, "zu welchen diplomatischen Ausflüchten unsere westlichen Kollegen bereit sind", um die Dinge nicht beim Namen zu nennen: "Die Ukraine beschießt das AKW Saporoschje rücksichtslos und gefährdet dabei die Sicherheit ganz Europas", so der Diplomat.

Es bleibe zu hoffen, dass die Diskussion, bei der "niemand die wahnhafte Darstellung der Ereignisse durch die Ukraine unterstützt hat", die ukrainische Führung von neuen "rücksichtslosen Provokationen" abhalte, hieß es weiter. Poljanski brachte zudem die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Besuch des Leiters der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) Rafael Grossi im Atomkraftwerk Saporoschje in naher Zukunft stattfinden wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f65134b480cc01d0284a82.jpg>
Einfahrt zum AKW Saporoschje

17:36 (16:36) **novorosinform.org: Beim Beschuss von Makejewka wurden Bergleute verletzt - Granaten trafen ein Kohlebergwerk**

Zwei Arbeiter Lenin-Schachts in Makejewka wurden infolge von Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine verletzt.

Nach Angaben des Ministeriums für Kohle und Energie der DVR wurde Lenin-Bergwerk, das Teil des staatlichen Unternehmens der DVR „Hauptdirektion für die Umstrukturierung von Bergwerken“ ist, von den Streitkräften der Ukraine beschossen.

„Infolge des Beschusses des Geländes des Unternehmens wurden zwei seiner Mitarbeiter verletzt“, teilte das Ministerium mit.

Es wird darauf hingewiesen, dass den Opfern alle notwendige medizinische Versorgung gewährt wurde und ihr Leben nicht in Gefahr ist.

Die Umstände des Vorfalls werden aufgeklärt. Die Lenin-Mine befindet sich im Gornjatzkij-Viertel von Makejewka und ist eine der ältesten Minen der Stadt.



https://novorosinform.org/content/images/09/00/50900_720x405.jpg

16:39 de.rt.com: **Medienberichte: Kasachstan will Öl unter Umgehung Russlands liefern**

Kasachstan führt Gespräche mit Georgien, Aserbaidschan und der Türkei über Öltransit zu den Weltmärkten. Es pumpt zwar Öl durch Russland, aber die beiden neuen Routen sind nur in der Lage, acht Prozent des über die russische Route verfügbaren Öls zu liefern.

Kasachstan prüft die Möglichkeit von Öllieferungen über Aserbaidschan, wobei die staatliche KazMunayGas (KMG) erste Gespräche mit dem aserbaidischen Öl- und Erdgasunternehmen SOCAR führt. Dies berichtete die Zeitung [Reuters](#) unter Berufung auf drei informierte Quellen.

Es geht um die Durchleitung von 1,5 Millionen Tonnen kasachischen Öls durch die aserbaidische Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC), die Treibstoff zum türkischen Hafen Ceyhan am Mittelmeer pumpt. Die Parteien könnten Ende August eine endgültige Einigung erzielen, und die Lieferungen würden in einem Monat beginnen, sagten die Gesprächspartner der Nachrichtenagentur.

Reuters berichtete, dass die 30.000 Barrel Rohöl, die täglich über diese Route gepumpt werden, im Vergleich zu den 1,3-1,4 Millionen Barrel pro Tag, die Kasachstan über das russische Kaspische Pipeline-Konsortium (CPC) auf den Weltmarkt verkauft, unbedeutend wären.

Die Parteien planen, im nächsten Jahr mit dem Transport von weiteren 3,5 Millionen Tonnen Öl aus Kasachstan durch eine andere aserbaidische Pipeline zu einem georgischen Hafen an der Mündung des Flusses Supsa zu beginnen, so zwei Quellen gegenüber Reuters. Wahrscheinlich handelt es sich um die Western Route Export Pipeline (WREP), die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres etwa sieben Millionen Barrel Öl gepumpt hat. Ein Terminal in der Nähe von Supsa mit einer Kapazität von einer Million Barrel wurde ebenfalls als Teil der Pipeline gebaut.

Auf beiden Routen können etwas mehr als 100.000 Barrel pro Tag gepumpt werden, was acht Prozent des russischen CPC-Volumens entspricht, wie die Zeitung berichtete.

Reuters erklärte, dass ein russisches Gericht gegen CPC entschieden hat, was der Grund für Kasachstans Suche nach anderen Routen für Öllieferungen ist. Anfang des Monats hatte ein Gericht in Noworossijsk die Pipeline wegen Umweltverstößen in den Produktionsanlagen für 30 Tage gesperrt.

Eine Woche später wurde die Suspendierung durch eine Geldstrafe von 200.000 Rubel (3.200 Euro) ersetzt. Das CPC verwies auf den kontinuierlichen Produktionszyklus des Unternehmens, aufgrund dessen die sofortige Aussetzung der Aktivitäten "irreversible Folgen für den Produktionsprozess, die Entstehung und Entwicklung eines ungünstigen und

unkontrollierbaren Prozesses in der technischen Anlage, einschließlich ihrer Zerstörung" drohe.

Ende Juli brachen aufgrund der Witterungsbedingungen sieben Freileitungsmasten zusammen, was zu Stromausfällen in zwei CPC-Ölpumpstationen führte: Kurmangazy und Isatai (beide in der kasachischen Stadt Atyrau gelegen). Das Unternehmen gab am 30. Juli die Rückkehr zum normalen Betrieb bekannt. Kurz darauf wurde der CPC-Fluss erneut "erheblich reduziert", aber das Unternehmen äußerte sich nicht zu den genauen Einzelheiten. Die Ursache waren Wartungsarbeiten an der Pipeline vom kasachischen Tengis-Feld und eine Unterbrechung der Ölproduktion in Kashagan, erklärte das Konsortium.

Die kasachische CNPC-AktobeMunaiGas hat die Marke des über russische Seehäfen exportierten Öls Anfang Juni in Kazakhstan Export Blend of Crude Oil (KEBCO) umbenannt. Dies geschah, um es aufgrund der "jüngsten bedeutenden geopolitischen Veränderungen" von russischem Rohöl zu "trennen". Von Reuters befragte Händler wiesen damals darauf hin, dass kasachisches Öl wiederholt mit russischem Öl verwechselt wurde.

In diesem Jahr plane Kasachstan, rund 69 Millionen Tonnen Öl zu exportieren, 2,1 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, schrieb LSM.kz. Transneft (24 Prozent) und KazMunayGas (19 Prozent) sind die größten Anteilseigner von CPC. Es handelt sich um eines der größten Investitionsprojekte im Energiesektor mit ausländischen Partnern in der GUS.

Die mehr als 1.500 Kilometer lange Tengis-Noworossiysk-Pipeline versorgt Kasachstan mit mehr als zwei Dritteln seiner gesamten Ölexporte sowie mit Rohstoffen von russischen Feldern, einschließlich derjenigen im Kaspischen Meer. Der Seeterminal des Unternehmens ist mit drei Auslegern ausgestattet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f65950b480cc7d0009dc46.jpg>

Kasachstans Ölpumpstation Aqtay

16:52 de.rt.com: **WSJ: Kiew bevorzugt Zahlung von Soldatensold gegenüber finanzieller Sicherheit**

Kiew falle es schwer, den Sold der ukrainischen Soldaten zu zahlen. Das Land sei jedoch bereit, die Stabilität des Finanzsystems zu deren Gunsten zu riskieren. Dies berichtet die US-Zeitung The Wall Street Journal.

Im Artikel wird ferner präzisiert, dass das Problem zum Teil darauf zurückzuführen sei, dass die Mittel vom Westen die Ukraine nur langsam erreichen. Dabei decken Steuern nur 40 Prozent des ukrainischen Haushalts, während die Militärausgaben über 60 Prozent ausmachen, heißt es im Bericht.

Der Zeitung zufolge fordere die Nationalbank die ukrainische Regierung auf, die Steuern zu erhöhen und die Zahlungen zu kürzen, um die finanzielle Stabilität sicherzustellen, was jedoch von Finanzminister Sergei Martschenko nicht unterstützt werde. Martschenko wird von The Wall Street Journal wie folgt zitiert:

"Es ist besser, eine hohe Inflation zu riskieren als die Fähigkeit, die Soldaten zu bezahlen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f65804b480cc7c6110a493.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 12. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 42 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 6000 Menschen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt die für die Inbetriebnahme vorbereitet, ein Perinatalzentrum wurde an das Datenübertragungsnetz angeschlossen, außerdem wurden in der Stadt Internetdienstleistungen für mehr als 2700 Verbraucher eingerichtet.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Liman, Nowoje und Losowoje durchgeführt.

In Wolnowacha Mariupol, Krasnyj Liman und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 23 Hektar Territorium untersucht und 68 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:23 de.rt.com: **Meta-Wahrheit: Washington finanziert Faktenchecker von Facebook**

Während sich viele Faktenchecker selbst als neutral darstellen, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, zumal in Kriegszeiten, alles andere als Unabhängigkeit. Mehrere der von Facebook genutzten Faktenchecker zur Situation in der Ukraine werden aus Washington finanziert.

Dass die Wahrheit das erste Opfer im Krieg ist, haben schon viele weise Beobachter festgestellt. Auch vor dem Hintergrund des Schlachtfelds in der Ukraine tobt ein Informationskrieg. Eine Reihe von Organisationen, die sich vermeintlich zur Ergründung der objektiven Wahrheit etabliert haben und vermeintliche Falschnachrichten anderer Medien

"aufdecken", sind allerdings alles andere als unabhängig und neutrale Agenten im Sinne einer objektiven Wahrheit.

Wie die Nachrichtenseite MintPress News in einer Recherche aufzeigt, sind gerade bekannte selbst ernannte Faktenchecker, darunter viele derer, die Facebook über die Situation in der Ukraine nutzt, alles andere als unabhängig, sondern werden aus Washington finanziert. Teils erhalten sie Geld direkt von der US-Botschaft, oder es fließt über das berüchtigte National Endowment for Democracy (NED), über das RT bereits an mehreren Stellen berichtete. Dieses wurde von der Reagan-Regierung ausdrücklich als Tarnorganisation für die Central Intelligence Agency gegründet und von der CIA zur Durchführung vieler ihrer umstrittenen Operationen eingesetzt.

Meta (der offizielle Name des Mutterkonzerns von Facebook) hat angesichts der für viele Menschen unüberschaubaren Lage in der Ukraine bekannt gegeben, dass es sein Vertrauen in neun Organisationen setzt, um für ukrainische, russische und andere osteuropäische Nutzer Fakten von Lügen zu unterscheiden.

Diese Funktion übernehmen demnach StopFake, VoxCheck, Fact Check Georgia, Demagog, Myth Detector, Lead Stories, Patikrinta 15min, Re:Baltica und Delfi.

"Um die Verbreitung von Fehlinformationen einzudämmen und den Nutzern zuverlässigere Informationen zur Verfügung zu stellen, arbeiten wir weltweit mit unabhängigen unabhängigen Faktenprüfern zusammen", hieß es seitens des Konzerns, und weiter: "Die unabhängigen Faktenprüfer von Facebook sind alle vom International Fact-Checking Network (IFCN) zertifiziert. Das IFCN, eine Tochtergesellschaft der Journalismus-Forschungsorganisation Poynter Institute, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Faktenprüfer weltweit zusammenzubringen."

Laut MintPress News werden mindestens fünf der neun Organisationen direkt von der Regierung der Vereinigten Staaten bezahlt, die an diesem Konflikt nicht unbeteiligt und erst recht nicht unparteiisch sind. Auch das bereits erwähnte Poynter Institute wird vom NED finanziert. Zudem haben viele der anderen Fact-Checking-Organisationen enge Verbindungen zu anderen NATO-Mächten, einschließlich direkter Finanzierung.

So erhält die wohl bekannteste und berüchtigtste der neun Gruppen, StopFake, Gelder vom NATO-Atlantikrat, dem britischen Außenministerium, der britischen Botschaft in der Ukraine und dem tschechischen Außenministerium. Über das NED hat die Organisation außerdem Gelder aus den USA erhalten, auch wenn diese für die Einschätzung der Quelle nicht unerhebliche Tatsache von keiner der beiden Parteien in den Vordergrund gestellt wird.

Die im Jahr 2014 gegründete Organisation selbst schrieb rund zwei Jahre nach ihrer Gründung: "Wenn Gegner von [StopFake.org](https://www.stopfake.org) das Projekt beleidigen wollen, führen sie sofort die Unterstützung durch das National Endowment for Democracy als Beweis für die Beteiligung der US-Regierung und der CIA an." Laut MintPress News hat das NED alle öffentlichen Aufzeichnungen über seine Ukraine-Projekte seit Beginn der russischen Militäroperation aus dem Internet genommen, doch bestätigen unvollständig archivierte Kopien dieser Unterlagen eine finanzielle Beziehung zwischen den Gruppen.

Für das NED hat die Ukraine laut Jahresbericht 2019 "oberste Priorität". Seit 2014 hat die Agentur (offiziell) über 22 Millionen Dollar in der Ukraine ausgegeben. An dem Staatsstreich von 2014, durch den der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch entmachtet wurde, war das NED wie auch an anderen Regimewechseln beteiligt.

Das International Journalists' Network hat über die keineswegs neutrale Organisation StopFake festgestellt, dass sich die meisten Faktenchecks auf Berichte russischer Medien beziehen. Der Anlass für deren Gründung waren "Russlands Besetzung der Krim im Jahr 2014 und eine Kampagne, die Ukraine als faschistischen Staat darzustellen, in dem Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit gedeihen."

Dabei ist StopFake selbst alles andere als ein unpolitischer Zuschauer. MintPress News zitiert mehrere etablierte westliche Medien, die über die Verbindungen von StopFake zu White-

Power- oder Nazi-Gruppen berichtet haben, darunter die New York Times. Als die lokale Journalistin Jekaterina Sergazkova diese Verbindungen aufdeckte, sah sie sich demnach aufgrund von Todesdrohungen durch Rechtsextremisten gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen.

Laut Lew Golinkin besteht StopFakes Aktivität vor allem in "aggressiver Schönfärberei zweier ukrainischer Neonazi-Gruppen mit einer langen Geschichte von Gewalt, einschließlich Kriegsverbrechen", wie er in The Nation schrieb. Die prominente StopFake-Moderatorin Nina Jankowicz war kurzzeitig Leiterin des von US-Präsident Joe Biden neu gegründeten Disinformation Governance Board gewesen, bevor der öffentliche Aufruhr sie zum Rücktritt veranlasste. Jankowicz selbst hat während ihrer Zeit bei StopFake vor laufender Kamera begeistert die Tugenden mehrerer faschistischer Paramilitärs gepriesen.

In einem Fernsehbeitrag von 2017 über die Bataillone Aidar, Dnipro-1 und Asow stellte Jankowicz die Gruppen als heldenhafte Freiwillige dar, die die Ukraine vor "weiteren russischen separatistischen Übergriffen" schützen. Demgegenüber stand diese Freiwilligenbewegung in der Ukraine, etwa das Aidar-Bataillon, am Pranger von Menschenrechtsorganisationen, unter anderem wegen Entführungen, unrechtmäßiger Inhaftierungen, Misshandlungen, Diebstahl, Erpressung und möglicher Hinrichtungen. Amnesty International wirft Aidar und Dnipro-1 außerdem vor, "das Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung einzusetzen".

Das Asow-Bataillon dürfte mittlerweile international auch dafür bekannt sein, sein Abzeichen direkt von der 2. Panzerdivision der Waffen-SS übernommen zu haben, einer Einheit, die für einige der schlimmsten Verbrechen im Rahmen des Holocaust verantwortlich war. Vor dem Kampf taucht das Asow-Bataillon seine Kugeln auch in Schweinefett, um jüdischen oder muslimischen Feinden ein besseres Leben nach dem Tod zu verwehren. Andrei Bilezki, der Gründer der Gruppe, hatte 2010 erklärt, er glaube, dass es die Mission der Ukraine sei, "die weißen Rassen der Welt in einen letzten Kreuzzug ... gegen die von den Semiten geführten Untermenschen" zu führen – das Wort, das Adolf Hitler benutzt hatte, um Juden, Polen, Ukrainer und andere Völker zu bezeichnen, die er zur Vernichtung bestimmt hatte.

Die Wahrheit steht nicht im Fokus, aber mit einem "Wahrheitsministerium" geht das bestimmt ins Auge

Im Februar kündigte Facebook an, seine Regeln für Hassreden zu ändern, um Lob und Werbung für das Asow-Bataillon zuzulassen. Ob dies auf Empfehlung von StopFake geschah, beantwortete das Unternehmen auf Anfrage von MintPress News jedoch nicht.

Wie Golinkin in seinem Artikel für The Nation feststellte, hat StopFake auch C14 verteidigt, eine weitere faschistische paramilitärische Organisation, indem es sie lediglich als "Gemeinschaftsorganisation" bezeichnete und die Leugnung der Pogrome gegen Roma durch die Organisation als "Beweis" für ihre Unschuld anführte. Diese Bezeichnung steht sogar im Widerspruch zum US-Außenministerium, das C14 als "nationalistische Hassgruppe" einstuft. Die "14" in ihrem Namen bezieht sich auf die sogenannten "14 Worte", einen zunächst in den Vereinigten Staaten und inzwischen auch in Europa verbreiteten Glaubenssatz von Neonazis und anderen weißen Rassisten.

StopFake stellte eine Reihe umstrittener Behauptungen auf, darunter die, dass der Anstieg des Antisemitismus in der Ukraine "erfunden" sei, und ging so weit, etablierte Sender wie NBC News und Al Jazeera der Fake News bezüglich der Rolle des Asow-Bataillons in diesem Zusammenhang zu bezichtigen. Die Organisation unterhält außerdem enge Beziehungen zur Kyiv Post, einem ukrainischen Blatt, das auch auf Englisch erscheint und direkt vom NED finanziert wird. Seit 2016 hat die Kyiv Post 191 StopFake-Berichte veröffentlicht.

Auch VoxCheck erhält über das NED und die US-Botschaft erhebliche finanzielle Unterstützung von der US-Regierung sowie von der niederländischen und der deutschen Regierung. In einem Artikel beschreibt die Washington Post das Faktenprüfungsverfahren von VoxCheck, das im Wesentlichen darin besteht, "glaubwürdige Nachrichtenquellen – wie einen

BBC-Artikel – ausfindig zu machen" und dann russische Behauptungen auf dieser Grundlage als falsch zu bezeichnen.

"Mit anderen Worten: Das offizielle staatliche Sprachrohr der britischen Regierung – das maßgeblich an der Verbreitung der Lügen beteiligt war, die zu den Invasionen im Irak und in Libyen führten – wird als unantastbar betrachtet", so MintPress-Autor Alan MacLeod. Dabei erheben die Mitarbeiter von VoxCheck kaum den Anspruch, neutral zu sein, sondern sehen sich selbst "als digitale Fußsoldaten in einem Kreuzzug gegen Russland", deren Aufgabe darin besteht, "zu verhindern, dass jemand auf russische Lügen und Manipulationen hereinfällt". Auch Fact Check Georgia bezeichnet sich selbst als "eine unabhängige und überparteiliche Website, die den Lesern recherchierte, überprüfte und evidenzbasierte Informationen bietet". Jedoch erhält sie ebenfalls Geld unter anderem vom NED und der US-Botschaft, dem German Marshall Fund, der niederländischen Regierung und dem Europäischen Demokratiefonds, der dem NED nachempfunden ist.

Nach Ansicht des MintPress-Autors wäre der Haftungsausschluss – "Die auf dieser Website geäußerten Ansichten und Meinungen sind Eigentum von Factcheck.ge und stellen nicht die Ansichten und Meinungen der projektunterstützenden Organisationen dar" – bei einer wirklich unabhängigen Organisation nicht nötig. Ähnlich verhält es sich mit weiteren Organisationen. Beispielsweise Myth Detector, das im Haushaltsjahr 2021 von der US-Botschaft mit 42.000 Euro gefördert wurde und einer beinahe ebenso hohen Summe von der Deutschen Welle. Oder Demagog, die von der US-Botschaft in Polen finanziert wird. Oder Patikrinta 15min aus Litauen, das vom Poynter Institute finanziert wird, einer Gruppe, zu der auch die US-Faktenprüfungsorganisation Politifact gehört. Seit 2016 hat das Poynter Institute mindestens sieben Zuschüsse vom NED beantragt und erhalten, die sich insgesamt auf weit über eine halbe Million Dollar belaufen, so die Untersuchungen von MintPress News. Bei anderen Organisationen ist deutlicher, dass sie derart finanziert werden, doch könnten beispielsweise Re:Baltica oder Delfi zumindest eine Nähe zu NATO-Staaten nachgewiesen werden.

Im vergangenen Monat veröffentlichte MintPress News zudem eine Studie, aus der hervorgeht, dass Facebook Dutzende ehemalige CIA-Mitarbeiter in einflussreichen Positionen innerhalb des Unternehmens eingestellt hat, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Inhaltsmoderation sowie Vertrauen und Sicherheit, so beispielsweise Ben Nimmo, ein ehemaliger NATO-Sprecher, der jetzt Leiter der globalen Nachrichtendienste von Facebook ist. Laut MintPress News zeigt sich somit, dass der global agierende Medienriese selbst alles andere als neutral ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f65931b480cc7d247d6c8c.jpg>

17:30 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte nehmen Chemiefabrik "Stirol" in Gorlowka unter Feuer**

Ukrainische Truppen sollen die Chemiefabrik "Stirol" in Gorlowka beschossen haben. Auf

dem Gelände der Fabrik sei infolgedessen ein Feuer ausgebrochen. Dies berichtete der Bürgermeister von Gorlowka, Iwan Prichodko:

"Die ukrainischen Nazis beschossen das Stirol-Werk. Auf dem Territorium des Unternehmens ist ein Feuer ausgebrochen. Die Informationen werden geklärt!"

In Flammen stehe das Baustofflager, wo Ruberoid (Dachmaterial) brenne. Der Bürgermeister versicherte aber, dass keine Gefahr für die Bevölkerung bestehe. Das Feuer werde vom Katastrophenschutz gelöscht, hieß es weiter.

Im Internet verbreiten sich unterdessen [Videos](#) der in Flammen stehenden Fabrik.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/IATfZ9JDPdLO5d2VArjbLgmdMxuRtmftey305u13pe1_mu_cjJ1ROaNJ1g4BBxB1tmpmtjIqErW-uuHABYwaozfJzGGbDz39XdkBOBDpZYGbgakyf1B3IMc0cX77lWrvyQ4d6SgGrwvzp49XGyPBh5UuXFrkS5mn0mqfKMoSgujcIIOID_kkFTBt3pMETB640NWRRrgzJXejzXW8T3OoYTIL4eOiER2_BK2X16exMyb-4T4EJgbykViAXASCb9pTEFpgECLTserfy0D2NST6GXAY8uobH-UZCQIt6Mjf8VH1ret8h8tmXYHcm6aM6zASKiVaJ3KhcjJZuq2qicFwrg

abends:

18:05 de.rt.com: **Montenegro erklärt Mitarbeiter der russischen Botschaft zur Persona non grata**

Das montenegrinische Außenministerium hat einen Mitarbeiter der russischen Botschaft im Lande zur Persona non grata erklärt. In dem einschlägigen Tweet des Außenministeriums hieß es:

"Das montenegrinische Außenministerium hat einen Diplomaten der russischen Botschaft in Montenegro wegen Aktivitäten, die gegen Artikel 9 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen verstoßen, zur Persona non grata erklärt."

Das russische Außenamt soll gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti

wiederrum mitgeteilt haben, Moskau werde darauf entsprechend reagieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f6614448fbef12dd509f5c.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 12.08.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 180 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist und 7 wurden verletzt**. 13 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 5 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:44 de.rt.com: **Estland und Finnland verhandeln über Sperrung des Finnischen Meerbusens für russische Kriegsschiffe**

Estland und Finnland verhandeln über die Schaffung eines gemeinsamen Systems der Raketenabwehr. Dies erklärte Estlands Verteidigungsminister Hanno Pevkur. Der estnische Minister nimmt an, dass die Integration der finnischen und estnischen Raketenabwehrsysteme es ermögliche, den Finnischen Meerbusen für russische Kriegsschiffe zu "sperren". Wörtlich hieß es:

"Wir müssen unsere Küstenverteidigung zusammenlegen. Die Reichweite der estnischen und finnischen Raketen ist größer als die Breite des Finnischen Meerbusens. Das bedeutet, dass wir unsere Raketenabwehr vereinheitlichen und alle Informationen miteinander teilen."

Pevkur präzisierte ferner, dass eine solche militärische Integration möglich wäre, sobald Schweden und Finnland der NATO beitreten werden:

"Beim Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO wird die Ostsee das Binnenmeer der NATO sein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f6769948fbef10b5377f4d.jpg>

19:08 de.rt.com: **Weißes Haus: USA werden Donbass nicht als Teil der Russischen Föderation anerkennen**

Die USA würden die Angliederung des Donbass an Russland nicht anerkennen. Dies erklärte ein hoher US-Regierungsbeamter. Dabei werde das nordamerikanische Land die Ergebnisse eines möglichen Referendums nicht akzeptieren. Der US-Beamte versprach zudem eine schnelle und harte Antwort in Form antirussischer Sanktionen:

"Wir werden schnell und hart reagieren."

Ferner betonte der Politiker, die Angliederung von "Teilen der Ukraine" an Russland würde gegen die UN-Charta verstoßen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f67dcdb480cc4f773ac692.jpg>